

Antrag 91/I/2025**Abt. 12/03 Frohnau (Reinickendorf)****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wohnen und energiebewusstes Heizen**

- 1 Die aktuellen tagespolitischen Herausforderungen verde-
2 cken den Blick darauf, dass der menschengemachte Kli-
3 mawandel zu einer drastischen Verschlechterung der Le-
4 bensbedingungen in den kommenden Jahren und Jahr-
5 zehnten führen wird, wenn nicht sofort entschieden ge-
6 gengesteuert wird. Im krassen Gegensatz zu den be-
7 stehenden Erfordernissen hat Deutschland jedoch die na-
8 tionalen und europäischen Klimaziele vor allem im Ge-
9 bäudesektor – neben dem Verkehrssektor - nicht erreicht.
- 10
- 11 Die Ankündigungen von CDU und CSU im Bundestags-
12 wahlkampf 2025 haben die Bürgerinnen und Bürger hin-
13 sichtlich von ihnen selbst umsetzbaren Maßnahmen tief
14 verunsichert. Vor allem die Absicht das sog Heizungsges-
15 setz wieder rückgängig zu machen wäre ein verhängnis-
16 voller Schritt in die falsche Richtung.
- 17
- 18 Wir fordern daher unsere SPD-Vertretungen im Abgeord-
19 netenhaus sowie im Senat von Berlin auf, sich für die Um-
20 setzung folgender Maßnahmen einzusetzen:
- 21 1. Berlin ist wie alle Großstädte mit mehr als 100.000
22 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet bis
23 zum 30.06.2026 einen Wärmeplan vorzulegen. Im
24 Rahmen der sog. Verkürzten Wärmeplanung sind
25 bereits Gebiete identifiziert worden, in denen ein
26 Fernwärmennetz unwahrscheinlich ist. In diesen Ge-
27 bieten kommt auch in Zukunft nur eine dezentrale
28 Wärmeversorgung in Betracht. Dies gilt auch für
29 weite Bereiche in Reinickendorf. Um eine weitere
30 Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürgern zu
31 vermeiden sollte durch den Senat bzw. durch den
32 Bezirk eine verlässliche Information an die Grund-
33 stückseigentümerinnen bzw. -eigentümer gegeben
34 werden.
- 35 2. Nach Berechnungen von Wirtschaftsinstituten wird
36 der neue europäische Emissionshandel für das Hei-
37 zen mit Öl oder Erdgas im Gebäudesektor bis 2030
38 zu einer Preiserhöhung um 31 bis 41 Prozent füh-
39 ren (Quelle: Spiegel online vom 08.03.2025). Der Se-
40 nat bzw. der Bezirk wird aufgefordert, eine Infor-
41 mation zur Entwicklung der Heizkosten und auch der
42 Stromkosten zu geben und diese alljährlich zu ak-
43 tualisieren. So erhalten die Bürgerinnen und Bür-
44 ger eine Grundlage für die Entscheidung, in welcher
45 Form sie künftig heizen wollen.
- 46 3. Nach dem Bundestagswahlprogramm der SPD soll
47 niemand durch die steigenden Energiekosten über-
48 fordert werden. Als eine Möglichkeit zur Entlastung

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch Leitantrag (Konsens)**

49 der Bürgerinnen und Bürger wird das sog. Klima-
50 geld genannt. Wir fordern die der SPD angehören-
51 den Mitglieder des Berliner Senats, die Berliner Bun-
52 destagsabgeordneten und die SPD-Mitglieder der
53 Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür
54 einzusetzen, dass eine derartige sozial und regio-
55 nal gestaffelte Entlastung konkretisiert und zeitnah
56 umgesetzt wird.

57
58 Nach dem Gebäudeenergiegesetz (§ 71 GEG) darf in Zu-
59 kunft eine neue Heizung in einem Wohngebäude nur ein-
60 gebaut werden, wenn mindestens 65 Prozent der Wär-
61 me mit erneuerbaren Energien erzeugt wird. In Betracht
62 kommen insbesondere elektrisch betriebene Wärmepum-
63 pen. Der Ersatz einer alten Ölheizung wird derzeit mit ei-
64 nem Zuschuss von bis zu 55 Prozent der Kosten (bei ein-
65 komensschwachen Familien zusätzlich 20 Prozent) ge-
66 fördert. Wir fordern die der SPD angehörenden Mitglieder
67 des Berliner Senats, die Berliner Bundestagsabgeordneten
68 und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf
69 Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Förderung er-
70 halten bleibt.